**Klimaschädliche Subventionen in Österreich: eine ökonomische und juristische Analyse**

Energie-/Klimapolitik

D. Kletzan-Slamanig (1), A. Köppl (1), F. Sinabell (1), A. Rimböck (2), S. Müller (2), T. Voit (2), S. Kirchmayr (2), R. Schanda (3), M. Heher (3),

(1)Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, (2)Universität Wien, (3) Sattler & Schanda Rechtsanwälte

Motivation und zentrale Fragestellung

Das Ziel der Dekarbonisierung erfordert eine grundlegende Transformation des Wirtschafts- und Energiesystems. Dafür ist es unerlässlich, Preissignale zu setzen, die die Umweltauswirkungen bestimmter Aktivitäten widerspiegeln. Neben der Besteuerung von fossiler Energie und Treibhausgasemissionen erfordert dies auch die Identifikation und Reform von Subventionen, die die Verwendung fossiler Energie und emissionsintensive Aktivitäten begünstigen.

Ziel der Analyse ist, relevante Förderungen und Regulierungen mit Subventionscharakter zu identifizieren und das Subventionsvolumen zu erheben oder abzuschätzen. Primär werden Subventionen mit Budgetrelevanz analysiert. Der Fokus liegt auf den Bereichen Verkehr, Energieerzeugung und -nutzung sowie Landwirtschaft. Neben der ökonomischen Analyse werden die Subventionen auch aus juristischer Perspektive beleuchtet.

Methodische Vorgangsweise

Für die Identifizierung und Quantifizierung relevanter Fördermaßnahmen werden verschiedene Grundlagen verwendet bzw. Methoden angewendet. Zunächst wird die internationale wissenschaftliche und empirische Literatur zur Bestandsaufnahme fossiler und umweltschädlicher Subventionen gesichtet, um die zu untersuchende Fördermaßnahmen einzugrenzen. Darüber hinaus kann der jährliche Subventionsbericht des österreichischen Finanzministeriums zur Quantifizierung einiger Fördermaßnahmen herangezogen werden. Dieser Bericht verwendet jedoch ei-ne recht enge Definition von Subventionen, erfasst beispielsweise Steuerbefreiungen nicht in konsistenter Weise und enthält keine Kennzeichnung von Subventionen hinsichtlich ihrer Umweltrelevanz. Daher sind für andere Maßnahmen Ansätze zu entwickeln, um den Einnahmenentgang durch steuerliche Begünstigungen zu berechnen (z. B. in Bezug auf die Vorzugs-behandlung von Diesel gegenüber Benzin) und bestimmte Fördermaßnahmen zu schätzen, für die keine Daten verfügbar sind (z. B. Dienstwagenbesteuerung).

Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Insgesamt wurden für Österreich 21 Fördermaßnahmen näher untersucht. Das Volumen wurde als Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2020 berechnet oder zumindest für ein Jahr geschätzt. Für einige Maßnahmen wurde eine Bandbreite von Subventionsvolumina berechnet (z.B. unter Verwendung unterschiedlicher Steuersätze). In einigen Fällen war es mangels (geeigneter) Daten nicht möglich, das Volumen der klimakontraproduktiven Subvention zu quantifizieren. Das ermittelte Volumen der klimakontraproduktiven Subventionen stellt somit eine Untergrenze dar.

Trotz des steigenden Bewusstseins bezüglich der Dringlichkeit des Klimawandels und der Not-wendigkeit, Maßnahmen umzusetzen, hat sich das Volumen der Subventionen für fossile Energie oder klimakontraproduktive Aktivitäten weder international noch in Österreich in den letzten Jahren substantiell verändert. Insbesondere lässt sich, trotz wiederholter Forderungen internationaler Organisationen zur Reform fossiler Subventionen, keine gezielte Reformpolitik in diesem Zusammenhang festmachen.

Bei der Analyse der Subventionen bzw. der Entwicklung von Reformvorschlägen ist einerseits der gesetzliche Rahmen (primäre Zielsetzung, rechtliche Zuständigkeit, Reformierbarkeit auf nationaler Ebene oder über Änderungen des EU-Rechts) zu beachten. Andererseits gilt es auch Interdependenzen zwischen einzelnen Maßnahmen zu berücksichtigen. Dies umfasst auch Regulierungen, die zwar nicht direkt budgetrelevant sind, aber dennoch eine Begünstigung für fossile Strukturen darstellen. Als Grundlage für eine Reform müsste also ein systematisches und regelmäßiges Monitoring der Subventionen durchgeführt werden.

Literatur

[1] European Court of Auditors (2022). Energy taxation, carbon pricing and energy subsidies (Review 01/2022).

[2] European Commission, Lee, L., Rademaekers, K., Bovy, P., Kralli, A., Lemoine, P., Bon Mar-dion, J., Badouard, T., & Mistré, M. (2021). Study on energy subsidies and other government in-terventions in the European Union: Final report. Publications Office. https://doi.org/doi/10.2833/513628

[3] Koplow, D. (2018). Defining and Measuring Fossil Fuel Subsidies. In H. van Asselt & J. Skovgaard (Hrsg.), The Politics of Fossil Fuel Subsidies and their Reform (23 - 46). Cambridge University Press; Cambridge Core. https://doi.org/10.1017/9781108241946.004;

[4] Beermann, A.-C., Fiedler, S., Meyer, M., Runkel, M., Schrems, I., & Zerzawy, F. (2020). Zehn klimaschädliche Subventionen im Fokus. Wie ein Subventionsabbau den Klimaschutz voranbringt und den Bundeshaushalt entlastet. [Eine Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace].

[5] Kletzan-Slamanig, D., & Köppl, A. (2016). Subventionen und Steuern mit Umweltrelevanz in den Bereichen Ener-gie und Verkehr. WIFO. http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/58641.